

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung16.01.1986
ni-ro

Selbstverständlich werde man sich aber Gedanken darüber machen müssen, wie die in den 90er Jahren schon aus demographischen Gründen notwendig werdenden strukturellen Änderungen in den Griff zu bekommen seien.

Leitender Ministerialrat Sievers (Finanzministerium) unterstützt die Anmerkungen seines Vorredners und führt weiter aus, auf Seite 15 der mittelfristigen Finanzplanung finde sich nur eine Aussage über die Notwendigkeit von Konsolidierungen; man werde weiterhin Stellenabbau betreiben müssen. Es sei jedoch unmöglich, daraus irgendeine Quantifizierung für irgendeinen Einzelplan abzuleiten. Es existiere somit kein Kabinettsbeschuß beispielsweise über die Personalausstattung des Einzelplans 06 im Jahre 1987.

Schon im letzten Jahr habe es eine kleine Anfrage (Drucksache 10/44) von Abg. Dr. Posdorf gegeben, der Auskunft verlangt habe über Gerüchte an den Hochschulen, nach denen ein Stellenabbau vorgesehen sei. Die richtige Antwort des Wissenschaftsministeriums damals habe sinngemäß gelautet, es fänden Verhandlungen statt, Mitteilungen darüber könnten aber erst mit Vorlage des Haushaltsentwurfs gemacht werden. Erst in dieser Phase sei dann auch der Ausschuß zu unterrichten.

Weiterhin existiere auch keine quantifizierte, dem Wissenschaftsministerium mitgeteilte Stellenvorgabe für 1987. Meldungen, "Posser will über 1 000 Stellen kürzen", seien falsch, während die Nachricht von dpa, "im Hochschulbereich werden weitere Stellenkürzungen erwartet", richtig sein könne.

Abg. Dr. Fischer (CDU) zitiert im Zusammenhang mit der angeblichen Ankündigung von Abg. Dr. Worms, eine Hochschule zu schließen, aus einem Interview des Finanzministers Dr. Posser vom 9. Januar dieses Jahres mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Darin sei der Minister gefragt worden: "Haben Sie in der Vergangenheit Beschlüsse gefaßt, die sich das Land nicht leisten kann? Seine Antwort habe gelautet: "Im Rückblick wäre es besser gewesen, eine der Universitäten, die wir gebaut haben, nicht zu errichten." Für ihn, Fischer, stelle sich die Frage, welchen Einfluß solche Äußerungen auf das Wissenschaftsministerium hätten.

In einem größeren Zusammenhang habe der Finanzminister, so Frau Minister Brunn, ausgeführt, man hätte sich rückblickend die eine oder andere Maßnahme vielleicht nicht leisten können, und dabei noch andere Beispiele genannt.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

Es handele sich um eine Feststellung, eine Bewertung seinerseits, die man als seine persönliche Einschätzung zur Kenntnis nehmen müsse. Dies könne nicht heißen, daß sich die Regionalisierung nicht auch als ein großer Erfolg für das Land dargestellt habe. Das werde auch der Finanzminister bestätigen.

Da die Hochschulen sich jetzt schon durch eine restriktive und enge Finanzlage großen Sorgen ausgesetzt sähen, müsse alles getan werden, sie nicht zu verunsichern.

LMR Sievers weist darauf hin, daß Dr. Posser in dem zitierten Interview auch bemerkt habe: "Es ist auch nicht so, daß wir uns heute davon distanzieren." Seitens des Finanzministeriums sei seines Wissens nicht intendiert, eine Hochschule zu schließen - zumal der Finanzminister keine Hochschulpolitik zu treiben habe.

In der von ihm gestellten und in der Sitzung schon angesprochenen Kleinen Anfrage mit der Überschrift "Beamtenpapier" habe er, so Abg. Dr. Posdorf (CDU), von insgesamt 280 zu streichenden Stellen, wovon 70 auf den Fachhochschulbereich entfallen sollten, geredet. Übriggeblieben seien laut Haushaltsentwurf nun 165 Stellen, von denen 70 sofort hätten abgesetzt werden müssen. Diese Betrachtung zeige, daß die in seiner Anfrage enthaltene Tendenz im Grunde richtig gewesen sei. Kursierten jetzt Papiere, die 1 500 Stellen nennen würden, ständen denen am Ende vielleicht 1 000 als Tatsache gegenüber. Dies bringe ebenso wie die Maßnahme, einfach ohne Diskussion im Ausschuß 70 Stellen abzusetzen, Unruhe in die Hochschulen.

Für seine Fraktion ist es nach Aussage von Abg. Dr. Rödding (CDU) außerordentlich bedauerlich, durch Indiskretionen von Überlegungen im Ministerium zu erfahren. Er schlage vor, nach "undichten Stellen" zu forschen.

Er halte es zudem nicht für gut, wenn das Ministerium an die Substanz der Hochschulen gehende Dinge zunächst beschließe und sie dann, in der Hoffnung, es werde zugestimmt, dem Ausschuß vorlege.

Abg. Kniola (SPD) hebt hervor, die Abgeordneten hätten über eine relativ frühe Information durch die vom Finanzminister mitgeteilten Eckdaten des Haushalts verfügt, die besagten, die bisher von Stellenkürzungen ausgenommenen Bereiche Justiz, Innen, Polizei und Wissenschaft würden diesmal ebenfalls mit 0,5 % beteiligt.

Eine ständige Information der Abgeordneten über jedweden ministeriumsinternen Aktenvermerk halte er für zu weitgehend.

Jeder wisse, so fährt er unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Abg. Dr. Posdorf (CDU) fort, daß im Wissenschaftsbereich im Grunde genommen zweimal Haushaltsberatungen stattfänden, nämlich

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

einmal mit den Hochschulen und einmal in diesem Ausschuß. Würde man jede Information aus den Hochschulen in eine kleine Anfrage umwandeln, könne man sich die Haushaltsberatungen im Ausschuß schenken.

StSchr Dr. Konow (MWF) verwahrt sich gegen den Vorwurf, es werde an den Parlamentariern vorbei entschieden. Es habe sich um eine Beschlußfassung der Landesregierung im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplans 1986 gehandelt, der jetzt verfassungsgemäß dem Parlament zur Entscheidung vorliege. Es kämen aufgrund des finanziellen Engpasses, der demographischen und der ständigen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Probleme auf den Wissenschaftsbereich zu. Über die damit verbundenen Stellenkürzungen und strukturellen Folgerungen müsse nachgedacht werden, wozu sich im Ausschuß jetzt zum erstenmal Gelegenheit biete.

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung
in Verbindung damit

Entwicklungschancen der Hochschulen insbesondere unter dem
Aspekt notwendiger Änderungen der Haushaltsstruktur

Der Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, gibt folgende Einführung:

Meine Damen und Herren! Im Dezember 1985 hat die Landesregierung den Entwurf des Haushaltsgesetzes mit dem Entwurf des Haushaltsplans 1986 dem Landtag vorgelegt. Der Finanzminister hat hierbei insbesondere auf die zum Teil sehr einschneidenden Rahmenbedingungen hingewiesen und sehr deutlich die Notwendigkeit unterstrichen, die Konsolidierungspolitik fortzusetzen. Dies alles ist Ihnen geläufig, und ich werde deshalb darauf nicht mehr eingehen, sondern nur auf die Einzelheiten des Haushalts des Wissenschaftsministeriums, nämlich des Einzelplans 06.

Das veranschlagte Ausgabenvolumen geht gegenüber 1985 um 3 Millionen DM auf 5,526 Milliarden DM zurück. In der Vorjahreszahl ist dabei schon die Landeszentrale für politische Bildung herausgerechnet worden, die nunmehr bei der Staatskanzlei etatisiert ist. Der Rückgang der Gesamtausgaben um 3 Millionen DM ist vor allen Dingen zurückzuführen auf die Abnahme

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

der Bauausgaben um 145 Millionen DM. Dies ist der größte Rückgang, der dann zu dieser Entwicklung des Gesamtetats geführt hat. Die Entwicklung des Ausgabenvolumens macht deutlich, unter welchen finanziell eng gesteckten Rahmenbedingungen das Wissenschaftsressort seine Aufgaben zu erfüllen hat. Auch in diesem Bereich muß ein Beitrag zur Konsolidierungspolitik des Landes geleistet werden. In den einzelnen Ausgaben-
gruppen - Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie Ausgaben für Investitionen - ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild bei der haushaltsmäßigen Entwicklung.

Der größte Posten im Einzelplan 06 sind die Personalausgaben. Sie haben jetzt einen Anteil von rund 46 % am Gesamtvolumen. Darin sind nicht enthalten die Personalstellen in der Medizin, die sich im Bereich der Krankenversorgung über die Pflegesätze selbst trägt. De facto beläuft sich deshalb der Personalkostenanteil im Einzelplan 06 auf über 50 %. Die Personalkosten steigen um rund 93 Millionen DM auf 2,535 Milliarden DM. Hier ist also eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen. In dem Steigerungsbetrag ist schon berücksichtigt, daß der Hochschulbereich für 1986 165 Stellen verlieren soll.

Damit komme ich schon auf den wichtigsten Punkt im Entwurf 1986 des Einzelplans 06: Die Vorgaben zur Begrenzung des Personalkostenanteils im Landeshaushalt und zur Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen haben auch ihren Niederschlag im Haushalt des Wissenschaftsministeriums gefunden. Mit Stellenabsetzungen in Höhe von 0,5 % im Hochschulbereich ohne Medizinische Einrichtungen ist zwar im Vergleich zu den anderen Ressorts, die - mit Ausnahme von Justiz und Innen - 1%ige Stellenkürzungen hinnehmen mußten, versucht worden, die besondere Situation der Hochschulen zu berücksichtigen.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die seit Jahren bestehende Überlastung der Hochschulen, die auch zum Teil noch andauert, und die Entwicklung der personellen Ressourcen an den Hochschulen nicht kongruent sind. An den wissenschaftlichen Hochschulen und an den Fachhochschulen hat sich die Studentenzahl in den letzten fünf Jahren von 312 300 auf 397 200, also um rund 20 %, erhöht. Diese Zahl umfaßt nicht die Verwaltungs- und privaten Fachhochschulen sowie die kirchlichen Hochschulen - da käme noch einmal eine entsprechende Zahl hinzu -, sondern nur die, die direkt aus Landesmitteln finanziert werden.

Studienanfänger im ersten Hochschulsemester registrieren wir im Wintersemester 1985/86 in der Größenordnung von 49 000. Diese Zahl ist im Vergleich zum vergangenen Wintersemester um 1 000 zurückgegangen, liegt nunmehr aber in derselben Größenordnung wie im Wintersemester 1981/82. Der dazwischenliegende dramatische Anstieg der Studienanfängerzahlen bedeutet eine

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

weitere Belastung der Hochschulen, die ja mit der Länge des Studiums andauert und deswegen erst in einigen Jahren zurückgehen wird. Dies macht deutlich, daß der Wegfall von 165 Stellen, wie er für das Haushaltsjahr 1986 vorgesehen ist, nur schwer zu verkraften sein wird. Erschwerend kommt hinzu, daß 70 Stellen bereits zum Jahresbeginn 1986 wegfallen, während die restlichen 95 Stellen global kw-gestellt sind zum 30.09.1986.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, daß aus unserer Sicht derzeit für Stellenkürzungsmaßnahmen im Hochschulbereich keine hochschulpolitischen, sondern ausschließlich fiskalische Gründe maßgebend sind:

- Die Gesamtstudentenzahlen werden trotz zurückgehender Studienanfängerzahlen weiterhin leicht ansteigen.
- Die Belastung des Hochschulbereichs mit Ausbildungsaufgaben jetzt und in den kommenden Jahren wird deutlich über den Grenzwerten liegen, die der Wissenschaftsrat 1977 seinen Personalrichtwerten zugrunde gelegt hatte.

Die Stellenkürzungen treffen die Hochschulen also zu einem Zeitpunkt, zu dem sie an sich zusätzliche Personalmittel für die wichtigsten Maßnahmen benötigen würden. Ich erwähne hier nur die Zielsetzungen, die mit dem Kürzel Fiebiger-Plan umschrieben werden. Die entsprechende Arbeitsgruppe, die aus Mitgliedern der Landesrektorenkonferenz und aus Mitarbeitern meines Hauses gebildet worden ist, hat ihre Arbeiten in diesen Tagen abgeschlossen. Wir denken, daß das Ergebnis eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen in der Landesregierung darstellt.

Lassen Sie mich auch zur Informatik einige Worte sagen. Die Informatik in unserem Lande braucht dringend Unterstützung. Sie braucht mehr Personal, sie braucht vor allen Dingen Anreize, damit die vorhandenen Stellen im Professorenbereich und auch bei wissenschaftlichen Mitarbeitern tatsächlich zügig besetzt werden können. Attraktivität gewinnt das Fach an den Hochschulen aber nur dann, wenn es auch mit modernen Geräten ausgezeichnet ausgestattet ist. Die Konkurrenz im Hochschulbereich selbst und im industriellen Bereich ist so stark, daß wir nur dann bei der Personaleinwerbung Erfolg haben können, wenn wir interessierten hochqualifizierten Wissenschaftlern deutlich gute Arbeitsmöglichkeiten bieten und der Gefahr vorbeugen, daß sich diese Wissenschaftler im Kleinkrieg um Sachmittel und Geräte und in einer nicht mehr auf dem neuesten apparativen Stand befindlichen Lehre womöglich verzetteln und aufzehren.

Dort, wo Nebenfachangebote für Informatik eingeführt werden, sehen wir, daß häufig hochschulintern die erforderlichen Stellen zwar bereitgestellt werden können, um ein derartiges Angebot zu beginnen, daß aber die erforderlichen Sachmittel nur sehr schwer zu bekommen sind. Es ist auch nicht damit getan, daß wir mit einer einmaligen Kraftanstrengung Investitionsmittel nur

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

für die Anschaffung von Geräten bereitstellen, sondern hier geht es dauerhaft um Sachmittelfolgekosten, die wir zu berücksichtigen haben. Wir müssen dafür sorgen, daß eine sachgemäße Unterhaltung und Nutzung der Geräte durch die Bereitstellung von Mitteln für Folgekosten sichergestellt wird. Hier ergeben sich Kosten, die manchmal in einer Größenordnung von etwa 10 % der Investitionssumme pro Jahr angesetzt werden. Unser Haushalt ist auf diese Veränderung der Bedeutung der Informatik und vor allen Dingen auf die Folgekosten im Bereich der Leitung und Wartung noch nicht voll eingestellt. Andererseits hat diese Aufgabenstellung erhebliche Bedeutung für die Entwicklung des Fachs und für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande.

Ich werde mich bemühen, bei der Verteilung der im Haushaltsplanentwurf 1986 veranschlagten Mittel für Geräteerneuerung und Gerätebeschaffung die Informatik bevorzugt zu berücksichtigen, um hier zumindest den dringendsten Bedarf zu decken. Ich weiß, daß dies in anderen Fächern auf Unverständnis stoßen könnte. Dennoch glaube ich, daß eine solche besondere Berücksichtigung der Informatik in diesem Jahr schon allein wegen der Schlüsselrolle, die diesem Fach in Zukunft bei der Ausbildung zukommen wird, mehr als gerechtfertigt ist.

Der nächste große Ausgabenblock im Bereich des Einzelplans 06 sind die sächlichen Verwaltungsausgaben; sie steigen um 22 Millionen DM auf 580,7 Millionen DM im Jahre 1986. Der größte Teil des Steigerungsbetrages - genau gerechnet sind es 17,6 Millionen DM - entfällt auf höhere Kosten im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume in den Hochschulen. Auf diese höheren Kosten können die Hochschulen nahezu keinen Einfluß nehmen. Insbesondere Tarifsteigerungen der Energieversorgungsunternehmen schlagen hier voll zu Buche. Aus diesem Grunde ist schon vor einigen Jahren in meinem Geschäftsbereich eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die bei den Hochschulen mögliche Energieeinsparungen untersuchen und Vorschläge zur Umsetzung machen soll. Die bisher vollzogenen Maßnahmen haben hier schon deutliche Erfolge gebracht; allerdings scheint nunmehr das Einsparungspotential ausgeschöpft zu sein, so daß nicht noch von weiteren Einsparungen ausgegangen werden kann.

Von den sächlichen Verwaltungsausgaben haben die Hochschulen auch den eigentlichen Betrieb von Lehre und Forschung, die Arbeit der Hochschulbibliotheken und den Betrieb der Datenverarbeitungsanlagen zu finanzieren. Da die Erhöhung der sächlichen Verwaltungsausgaben fast ausschließlich im Bereich der Bewirtschaftungskosten zustande kam, konnten in diesem Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben keine Erhöhungen

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

angesichts der schwierigen Haushaltslage des Landes erreicht werden; lediglich für den Betrieb von neubeschafften Arbeitsplatzrechnern konnten zusätzliche Mittel in Höhe von 300 000 DM veranschlagt werden. Dieser Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben wird für die kommenden Jahre ein immer drängenderes Problem werden, wenn wir den Betrieb in den Hochschulen in angemessener und notwendiger Weise aufrechterhalten wollen.

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke - Hauptgruppe 6 - sieht der Entwurf des Haushaltsplans 1986 eine um 16,7 Millionen DM niedrigere Summe vor, nämlich 1,318 Milliarden DM. Da jedoch ein Teil der Zuschüsse für das BAföG - die bei den Zuweisungen und Zuschüssen veranschlagt sind - zu den Darlehen im Rahmen der Ausbildungsförderung im Hochschulbereich, die bei den Investitionen veranschlagt sind, verlagert wurden, sind im Endeffekt die Zuweisungen und Zuschüsse etwas gestiegen. Dies liegt vor allem daran, daß die großen Ausgabenblöcke im Bereich der überregionalen Forschungsfinanzierung - Max-Planck-Gesellschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft -, die etwa ein Drittel dieses Ausgabenpostens ausmachen, gestiegen sind. Weiterhin sind die Zuführungsbeträge für die laufenden Ausgaben der Medizinischen Einrichtungen leicht gestiegen. Diese erhalten mehr als die Hälfte der Gesamtsumme der Zuweisungen und Zuschüsse.

Die Abnahme der Ausgaben im Bereich der Investitionen - des letzten der hier vorzustellenden Ausgabenblöcke - ist entscheidend für den leichten Rückgang der Gesamtausgaben im Bereich des Einzelplans 06 um 3 Millionen DM. Die Ausgaben für Investitionen gehen insgesamt um 115 Millionen DM auf 1,089 Milliarden DM zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Darlehen im Rahmen der Ausbildungsförderung in Höhe von 555 Millionen DM bei den Investitionen veranschlagt sind; diese Darlehen sind außerdem durch eine Verlagerung zwischen den Titeln um insgesamt 30 Millionen DM aufgestockt worden.

Dies bedeutet, daß die "echten" Investitionen - ich sage echte Investitionen, weil es sich hier um die tatsächlichen Ausgaben für Bau- und Erstattungsmaßnahmen und für Geräte handelt - um rund 145 Millionen DM zurückgegangen sind auf jetzt 533 Millionen DM. Dabei konnten diese Ausgaben im Bereich der Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen um rund 4 Millionen DM auf 239 Millionen DM gesteigert werden, während die Investitionszuschüsse an die Medizinischen Einrichtungen von 385 Millionen DM auf jetzt 228 Millionen DM zurückgehen. Dies ist fast ausschließlich dadurch bedingt, daß die Finanzierung des Klinikums Aachen jetzt weitgehend erfolgt und nur noch die restliche Abrechnung notwendig ist.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

Trotz der äußerst angespannten Haushaltslage konnte erreicht werden, daß 1986 mit dem Bau bzw. mit der Planung von insgesamt 17 neuen Vorhaben begonnen werden kann. Die geschätzten Gesamtkosten dieser Vorhaben betragen rund 371 Millionen DM. Im Entwurf des Haushaltsjahres 1986 sind für diese Maßnahmen Teilbeträge in Höhe von insgesamt 42,7 Millionen DM vorgesehen.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Sondermaßnahmen zur Forschungs- und Technologieförderung eingehen. Diese technologie- und forschungspolitische Offensive des Landes wird auch 1986 fortgesetzt. Wir haben für den Einzelplan 06 auch für 1986 wiederum einen Anteil von rund 40 % an diesem Programm "Zukunftstechnologien" erhalten. Dies sind rund 40 Millionen DM.

Zusätzlich haben wir im Rahmen dieses Programms für 1986 Mittel in Höhe von 12,7 Millionen DM eingestellt für die Erhaltung und Entwicklung der Forschung auf dem Gebiet der Biotechnologie. Diese Mittel sind notwendig, um erfolgreich fortzusetzen, was vor einiger Zeit mit einem kräftigen Dissens zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bundesminister für Forschung und Technologie in bezug auf die Zukunft der Biotechnologie in der Bundesrepublik und speziell in Nordrhein-Westfalen begann.

Mit dem Ausbau der Biotechnologie in Nordrhein-Westfalen, mit der Gründung des Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik in Aachen, mit dem Bau des Fraunhofer-Instituts für mikroelektronische Schaltungen und Systeme in Duisburg, mit der Konsolidierung der Fraunhofer-Institute für Transporttechnik und Warendistribution in Dortmund und für Produktionstechnologie in Aachen - um nur einige Beispiele zu nennen - setzt sich in Nordrhein-Westfalen eine Entwicklung im Bereich moderner, zukunftsorientierter Forschung fort.

Ich möchte damit meine Ausführungen zum Haushaltsentwurf 1986 zum Abschluß bringen. Ich bin mir bewußt, daß die Finanzenge für den Einzelplan 06 dazu führen wird, daß eine Reihe von aner kennenswerten, wichtigen Maßnahmen nicht in Angriff genommen werden kann. In der finanzwirtschaftlich ebenfalls problematischen Situation der kommenden Jahre wird sich auch ein Rückstau von Maßnahmen ergeben, aber ich meine, daß wir nicht gut beraten sind, wenn wir in dieser Lage anfangen, beispielsweise nach Hochschulschließungen zu rufen und noch verstärkt Kürzungen vorzunehmen.

Wir würden die Stärke unseres Landes meiner Ansicht nach nachhaltig untergraben, wenn wir die Regionalisierung bei den Hochschulen rückgängig machen wollten. Die Regionalisierung hat nicht nur Chancengleichheit für die Studierenden gebracht, sie trägt auch entscheidend zur wirtschaftlichen Dynamik unseres Landes bei und ist deshalb auch aus der Gesamtpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen nicht hinwegzudenken, schon gar nicht aus der Hochschulpolitik.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

Wir müssen dagegen weiterhin die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Hochschulen auch in Zukunft ihre Fähigkeit behalten und weiterentwickeln, sich geänderten Bedingungen anzupassen. Natürlich wird die demographische Entwicklung auch in den Hochschulen zu sinkenden Studentenzahlen führen. Dies wird zunächst einmal ein Schritt zur Normalisierung der Belastungssituation in den Hochschulen sein. In den 90er Jahren kann es dann durchaus kleinere Hochschulen geben, etwas, was mich nicht schreckt, nachdem man jahrelang von Massenuniversitäten gesprochen und auch darunter gelitten hat.

Im Hinblick darauf werden wir zukünftig aber Überlegungen über Schwerpunktbildung und Arbeitsteilung anzustellen haben. Natürlich ist das in einer Zeit, in der die Hochschulen nachhaltig überlastet sind und unter Finanznot zu stöhnen haben, besonders schwierig, aber ich denke, daß diese Aufgabe jetzt in Angriff genommen werden muß, damit wir auch auf die Situation der 90er Jahre vorbereitet sind.

Der Schwierigkeiten angesichts der Finanzprobleme des Landes sollten wir uns alle bewußt sein, und wir sollten auch sehen, daß die Hochschulen in diese Solidarität und Gesamtverantwortung des Landes mit hineingehören und sich dem auch nicht entziehen können.

Abg. Dr. Rödding (CDU) weist darauf hin, der Ausschuß habe in der vergangenen Legislaturperiode seiner Erinnerung nach einstimmig beschlossen - und der Finanzminister habe dies zugesagt -, dem Haushaltsentwurf möge eine Forschungsübersicht beigelegt werden, die er nun vermisste. - LMR Sievers (FM) betont die vom Finanzministerium schon damals dargelegte Unmöglichkeit, eine solche Übersicht zu erstellen, da diese Angaben nicht computermäßig aus dem Haushalt herauszuziehen seien. Wenn überhaupt, handle es sich um eine Aufgabe des für die Forschung zuständigen Wissenschaftsministeriums.

Abg. Dr. Rödding (CDU) begrüßt, daß es gemeinsames erstes Ziel sei, die Hochschulen von selbst kleiner und übersichtlicher werden zu lassen, statt eine einzelne Hochschule zu schließen. Hierin zeige sich aber auch die Korrektur einer früheren Ansicht der Landesregierung, nach der große Einheiten die effektivsten sein sollten.

Er stimmt der Auffassung, auch die Hochschulen könnten sich dem Sparzwang nicht entziehen, zu, ergänzt aber, daß dies mit einem anderen Haushaltssystem, nämlich bei eigenen Einnahmen, selbst zu verantwortenden Ausgaben und freier Nutzung von Haushaltsresten durch die Hochschulen sehr viel wirksamer durchzuführen wäre.

0,5 % Stellenkürzungen seien bei der derzeitigen Überlast bitter, und er empfehle eine Relativierung des damit in Widerspruch stehen-

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

16.01.1986
ni-ro

den Terminus "Offenhalten der Hochschulen". Auch seine Fraktion vertrete - wie aus den letztjährigen Anträgen zu entnehmen - die Auffassung, daß sich im Haushalt überflüssige Stellen befänden, wie z. B. die 168 Stellen des Oberstufenkollegs und der Laborschule in Bielefeld. Nur gelte dies nicht für die jetzt abgesetzten Stellen.

Abg. Reymann (SPD) geht davon aus, daß die CDU nicht generell "kleine Universitäten" fordere; denn damit würde all das unterlaufen, was im Rahmen der Konzentrationsmaßnahmen angestrebt worden sei: Schwerpunkte zu bilden und an diesen Schwerpunkten jeweils ein umfassendes Angebot vorzuhalten.

Das "Offenhalten der Hochschulen" stellte eine politische Linie dar, die trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen nicht ausgerechnet zu Lasten der finanziell schwächeren Bevölkerungsteile aufgegeben werden dürfe - was nach seinem Empfinden auf eine Eliteförderung hinausliefe.

Der Vorsitzende betont für seine Fraktion, Elemente von Selbstverwaltungshaushalten seien gerade in Zeiten knapper Finanzmittel bedeutsam, da die Zentrale nicht unbedingt wisse, wo Kürzungen am sinnvollsten vorgenommen werden könnten.

Wenn man allerdings den Hochschulen hochkarätige Aufgaben zuweise und zum Beispiel von ihnen verlange, mit der technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik und in der Welt Schritt zu halten, dann müsse man auch dafür sorgen, daß die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung gestellt würden.

StSchr Dr. Konow (MWF) nimmt Stellung zu dem vermeintlichen Widerspruch zwischen Öffnungspolitik und Kürzungen. Die Opposition hätte mit ihren Behauptungen nur recht, wenn alle Fächer gleichmäßig ausgelastet wären oder man in Numerus-clausus-Bereichen gekürzt hätte. Niemand dürfe jedoch die Augen davor verschließen, daß einige Bereiche nicht voll ausgelastet seien. Überhaupt keine Stellenkürzungen habe es bei den NC-Fächern gegeben, so daß die Ausbildungsmöglichkeiten nicht verringert worden seien. Eine Streichung von 0,5 % der insgesamt vorhandenen 33 000 Stellen wirke sich quantitativ minimal aus und finde seines Erachtens in der Diskussion vor allem deswegen Interesse, weil sie am Anfang notwendiger struktureller Maßnahmen stehe; Auswirkungen auf die Öffnungspolitik ergäben sich daraus jedenfalls nicht.

Es stimme zwar, so die Ministerin, daß in den nicht so stark belasteten Bereichen gekürzt worden sei. Daraus dürfe jedoch nicht gefolgert werden, diese Stellen seien insgesamt überflüssig. Vielmehr sollte man sie nicht ersatzlos einsammeln, sondern den Universitäten, Gesamthochschulen und Fachhochschulen, die sich